

Ohne Frösche aus dem Sumpf

Stadtrat lässt zur Verhinderung von Korruption kritischen „Blick von außen“ zu.

Von Rainer Wendt

Regensburg. Die auf die Vermeidung und Bekämpfung von Bestechung spezialisierte Organisation Transparency International soll die Antikorruptionsrichtlinie der Stadt Regensburg sowie deren praktische Anwendung unter die Lupe nehmen und dann Bericht dazu erstatten. Dies beschloss der Stadtrat am Donnerstag nach vierstündiger Diskussion.

„Theoretisch sind wir sehr gut aufgestellt“, stellte Verwaltungsreferent Karl Eckert gleich zu Beginn fest und verwies auf eben diese Antikorruptionsrichtlinie sowie das Vorhandensein eines Ombudsmanns. An diesen können sich Mitarbeiter der Verwaltung und überdies alle Bürger wenden, wenn ihnen Verdachtsmomente aller Art vorliegen. „Das muss stärker in der Öffentlichkeit bekannt werden“, meinte Eckert.

In der Praxis weiß man seit dem Auswachsen der Parteispendenaffäre zum Korruptionsskandal, dass Richtlinie und Ombudsmann bei weitem nicht reichen. Schon zu einem frühen Zeitpunkt der teils heftigen Diskussion plädierten die Fraktionen von Linkspartei, ÖDP sowie Piraten-Stadträtin Tina Lorenz da-



Vier Stunden saß der Stadtrat am letzten Donnerstag zusammen, der frühere SPD-Fraktionschef Norbert Hartl (li.) nahm erstmals bei einer Plenumsitzung in der zweiten Reihe Platz. Foto: rw

für, Transparency International einzuschalten. Auch die CSU machte sich für diesen „Blick von außen“ stark. „Wenn man einen Sumpf trocken legen will, darf man nicht die Frösche fragen“, bemühte etwa Fraktionschef Hermann Vanino ein Politikerzitat, Urheber ihm zu diesem Zeitpunkt unbekannt.

„Bazi-Vereinbarung“

Sein Parteifreund Franz Rieger schlug daher die Beauftragung einer auf Compliance spezialisierten Anwaltskanzlei vor.

Die SPD zog sich zunächst auf den Standpunkt zurück, dass

vorerst allein die Staatsanwaltschaft Fakten schaffe. Am Ende konnte sie sich dann doch mit einer zusätzlichen externen Untersuchung anfreunden, auch wenn Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer zu bedenken gab: „Man kann schon überlegen, ob man was verbessern kann. Aber man kann nie alles verhindern.“

Ganz ähnlich hatte bereits vor einiger Zeit Freie-Wähler-Fraktionschef Ludwig Artinger argumentiert. „Es hat ja niemand wissen können, dass da eine Bazi-Vereinbarung getroffen wurde“, sagte er mit Blick auf die Vorwürfe gegen Joachim Wolbergs und Volker Tretzel.

Grundsätzlich wurde bei der Sitzung am Donnerstag Linken-Stadtrat Richard Spieß: „Wir haben eine große Nähe von Wirtschaft und Politik sowie von Wirtschaft und Verwaltung, die ganz offensichtlich nicht gut ist.“

Daminger betroffen

Finanz- und Wirtschaftsreferent Dieter Daminger zeigte sich von dieser Wortmeldung „sehr betroffen“ und entgegnete: „Es ist meine Aufgabe, einen nahen Kontakt zur Wirtschaft zu haben. Das ist auch die Grundlage für den Aufschwung von Regensburg.“